

„wobei der Eurogeldmarkt das verbindende Scharnier darstellt“.

Seit Amerikas Notenbank-Präsident Arthur Burns Anfang November den Diskontsatz auf 5 3/4 Prozent senkte, schaufeln die US-Bankiers immer mehr Geld, das sie sich zuvor am Eurodollarmarkt geborgt hatten, zurück auf westeuropäische Konten. Insgesamt schickten die USA, die noch im vergangenen Jahr etwa vier Milliarden Dollar in Europa geborgt hatten, bisher rund neun Milliarden über den Atlantik. Emminger: „Das ist wohl der größte Umschwung innerhalb eines Jahres, der sich jemals im internationalen Zahlungsbilanzsystem ereignet hat.“

Die amerikanischen Kredit-Rückzahlungen brachten den Eurodollarmarkt, jenen „Pool von sehr liquiden, sozusagen jederzeit sprungbereiten Mitteln“ (Emminger), fast zum Überlaufen. Binnen weniger Wochen sanken an diesem freiesten Kreditmarkt der Welt die Zinsen für Tagesdollar, die innerhalb von 48 Stunden wieder zurückgezahlt werden müssen, auf 6 3/4 Prozent Anfang letzter Woche. Deutsche Banken verlangten dagegen für täglich fällige Gelder noch bis zu 9 1/4 Prozent.

Durch den Zinsrutsch am Eurodollarmarkt (Emminger: „Eine monetäre Nebenregierung“) kam die Bundesbank immer mehr in Zugzwang. Bis Ende vorletzter Woche hatten sich in den Tresoren der Bundesbank Devisen im Werte von 46 Milliarden Mark gehäuft — fast soviel wie vor der letzten offiziellen Aufwertung im Oktober 1969.

Am vergangenen Dienstag senkte der Zentralbankrat deshalb den Diskontsatz von sieben auf 6 1/2 Prozent. „Die Bundesbank“, so erklärte Zentralbank-Chef Karl Klasen, „erwartet nun eine Verminderung der Kreditaufnahme im Ausland.“

Die Spekulation schlug freilich fehl. Noch am Dienstag nachmittag vergangener Woche, kurz nach der Bekanntgabe der Zins-Senkung, mußte die Bundesbank Dollar für über eine Milliarde Mark einkaufen, damit der Kurs der US-Valuta nicht unter den sogenannten Interventionspunkt von 3,63 Mark je Dollar fiel. Auch am Donnerstag und Freitag war die Dollarschwemme immer noch nicht verebbt: Nach Schätzungen der Frankfurter Geldhändler kaufte die Zentralbank noch einmal Dollar für insgesamt rund eine Milliarde Mark, um ein Absinken des Dollarkurses zu verhindern.

Der Grund für die Devisenflut: Auch nach dem „müden Schritt der Bundesbank“ („Financial Times“) blieb Geld in Westdeutschland immer noch um 2 1/2 Prozent teurer als am Eurodollarmarkt. Weil die Amerikaner täglich mehr Geld nach London, Paris und Brüssel transferieren und damit die Eurozinsen herunterdrücken, könnte das Zinsgefälle zwischen Westdeutschland und den Eurobank-Plätzen bald eine neue Rekordmarke erreichen.

Schon in der letzten Woche fielen binnen zweier Tage etwa die Sätze für

Drei-Monats-Dollar in Paris um fast ein Viertel Prozent. Am Dienstag wurden für diese Gelder, die nach drei Monaten wieder zurückgezahlt werden müssen, noch 7 3/16 Prozent Zinsen gezahlt, am Donnerstag waren es nur noch sieben Prozent.

Was eine Flut vagabundierender Eurodollar anrichten könnte, wissen Europas Zentralbankiers schon seit langem: Die größte Krise des westlichen Währungssystems — eine Abwertung des US-Dollar.

GRIECHENLAND

ONASSIS

Rote Lampen

Vor 17 Monaten schluckte der Haifisch die Gehilfen des Ministers. Jetzt möchte er auch den Minister verspeisen — mit Hilfe des Regierungschefs.

Im Juni 1969 opferte Athens Junta-Chef Georgios Papadopoulos den



Reeder Onassis

„Was ist das wieder für eine Bohne?“

stellvertretenden Koordinationsminister Ioannis Rodinos Orlandos und seinen Staatssekretär Ioannis Nassoufis dem „Haifisch“ (so Orlandos) Aristoteles Onassis. Die beiden Staatsdiener fielen in der Interessenschlacht zwischen den rivalisierenden Großreedern Onassis und Niarchos um die Gunst des Militärregimes, sorgten jedoch durch ihren Sturz für einen Kompromiß:

Premier Papadopoulos verschaffte seinem Günstling Onassis einen Investitionsvertrag über 600 Millionen Dollar. Als Ausgleich aber konnte Koordinationsminister Nikolaos Makarezos seinem Günstling Stavros Niarchos, dem schärfsten Onassis-Konkurrenten bei Schiffen und Frauen, einen Vertrag über 200 Millionen Dollar in die Tasche stecken.

Die Millionen sollten in Ölraffinerien, Kraftwerken, Werften, Alumi-

niumfabriken und eine petrochemische Industrie investiert werden. Sie hätten den Reedern unter anderem ein lukratives Kraftstoffmonopol beschert.

Wenige Monate nach dem Arrangement, das dem Lande die größten Investitionen in seiner Geschichte (so Papadopoulos), den Großreedern ihre bisher größten Profite und der regierenden Militärjunta den Triumph wirtschaftlichen Wachstums versprach, entdeckte Onassis, daß er falsch kalkuliert hatte, und begann neue Forderungen zu stellen. Sein Partner Papadopoulos zeigte Verständnis, nicht aber Onassis-Gegner Makarezos.

Damit zwang der Großreeder dem Junta-Chef die Wahl auf, entweder seinen einflußreichen Putschkameraden Makarezos zu opfern oder auf 600 Millionen Dollar zu verzichten. Die Wahl bescherte der Militärjunta ihre schwerste innere Krise seit der Machtübernahme im April 1967. Denn Makarezos ist — neben dem Premier und Vize Pattakos — der Dritte im obersten Junta-Triumvirat.

Als im Frühjahr 1968 die Verhandlungen mit Onassis begannen, legte Makarezos seinen Gehilfen als Verhandlungs-Direktive die Worte ans Herz: „Der Nachruhm zuerst.“ Vier Monate lang stritt Onassis in insgesamt 500 Verhandlungsstunden mit den Regierungs-Repräsentanten Rodinos Orlandos und Nassoufis über Rohölpreise, Frachtraten, Stromkosten und Kredite. Sobald es um seine Profitspanne ging, ließ er nicht mehr mit sich reden. Onassis: „In meinem Computer leuchten rote Lampen auf.“ Stellten seine Verhandlungspartner Forderungen, entwich der Haifisch mit der Frage: „Was ist das wieder für eine neue Bohne?“

Eine solche „Bohne“ zu seinen Gunsten offerierten die „Anfänger“ (so Onassis) Rodinos Orlandos und Nassoufis dem Großreeder in der Schlussrunde ihrer Verhandlungen. Sie schlugen ihm vor, die Preise für 64 Millionen Tonnen Rohöl, die seine zu bauende Raffinerie in einem Jahrzehnt verarbeiten sollte, nach einer Gleitklausel alle drei Jahre zu revidieren.

Doch Onassis, der auf fallende Rohölpreise spekulierte, entschloß sich für die Einführung von Festpreisen — etwa für Kirkuk-Rohöl zu einem Preis von 1,66 Dollar je Barrel. Außerdem ließ sich Onassis bei der Festsetzung der Fracht für den Öltransport zu einem erheblichen Nachlaß gegenüber dem damaligen Niveau bewegen.

Bald nach der Vertragsunterzeichnung traten aber auf dem internationalen Öl- und Frachtmarkt Entwicklungen ein, die Onassis' Rechnung durchkreuzten. Rohölpreise und Frachtraten kletterten auf Rekordhöhen. Die steigende Nachfrage, die Schließung der Trans-Arabian-Pipeline (TAP) und die Drosselung der Rohölproduktion durch das Revolutionsregime in Libyen verteuerten den Rohölpreis auf das Doppelte.

Nach der Schließung der TAP-Pipeline können die Öltanker nicht mehr

den libanesischen Mittelmeerhafen Sidon benutzen, sie müssen rund um Afrika fahren. Die längere Route und der steigende Tanker-Bedarf erhöhten die Frachtkosten bis zu 150 Prozent. Die angespannte Lage auf dem Öl- und Frachtmarkt wird sich nach Ansicht der großen Mineralöl-Gesellschaften vor Ablauf von zwei bis drei Jahren nicht normalisieren.

Onassis sah rote Lampen in seinem Computer aufleuchten und verlangte eine Angleichung der im Vertrag festgelegten Rohölpreise und Frachtraten.

Dazu kamen noch Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung im Ausland. Angesichts der angespannten internationalen Kapitalmarktlage wurde es fast unmöglich, für eine mißwirtschaftende Militärregierung Großkredite zu erhalten.

Seine Geldgeber zweifelten an der Rentabilität der Onassis-Projekte. Dazu zählte nicht nur sein Mineralöllieferant, die BP, sondern auch die Firmen, die seine Werke bauen und Bankkredite sowie Ausfuhrkreditbürgschaften für Onassis lockermachen sollten: die Thyssen-Gruppe für eine Ö raffinerie, die AEG für ein aus drei Einheiten von je 360 Megawatt bestehendes Wärmekraftwerk und der amerikanische ALCOA-Konzern für ein Aluminiumwerk.

Die Firmen verlangten zur Sicherung ihrer Kredite Bürgschaften griechischer Staatsbanken. Onassis verlangte von der Militärregierung, ihre dünnen Devisenreserven an Auslandsbanken zu verpfänden.

Um seiner Forderung die gesetzliche Grundlage zu verschaffen, ließ Onassis mit Hilfe des Premiers Papadopoulos ins königliche Dekret Nr. 562 vom 11. September 1970, mit dem seinen Projekten der Kapitalschutz und die Klausel der „meistbegünstigten Investition“ eingeräumt wurden, nachträglich die Klausel aufnehmen, der Staat verpflichte sich, ihm „jegliche mögliche Unterstützung zu leisten“.

Dann stellte Onassis den Antrag, die staatliche Investitionsbank ETBA sollte ihm eine Bürgschaft geben, damit er das Kapital für seine Investitionen im Ausland sicherstellen könne.

Premier Papadopoulos beauftragte eine dreiköpfige Experten-Kommission, die Forderung des Reeders wohlwollend zu prüfen. Aber die Experten schlossen sich der Ansicht des Onassis-Gegners, des Koordinationsministers Nikolaos Makarezos, an, daß die 300 Millionen Devisenbestände des Landes — von der Militärregierung ohnehin zum größten Teil bereits verpfändet — nicht ausreichen, um eine Bürgschaft für 600 Millionen Dollar abzudecken.

Der Premier gab nicht nach und begann nach anderen Möglichkeiten zu suchen, um Freund Onassis aus der prekären Situation zu helfen. Um Makarezos für die Forderungen des Großreeders weich zu machen, ließ Papadopoulos den Geheimdienst KYP im Makarezos-Ministerium nach politisch belastenden Dokumenten suchen. Makarezos aber ertappte die Schnüffler des Premiers auf ihrer nächtlichen Suche in seinem Haus in der Hippo-



Premier Papadopoulos
„Das akzeptiere ich nicht“

kratous-Straße. Ultimativ verlangte der Minister die Versetzung des Papadopoulos-Intimus im Geheimdienst KYP, Oberstleutnants Dimitrios Roufogalis.

In der Plenarsitzung des Kabinetts am 3. November forderte der mächtigste Minister im Junta-Kabinett seinen Premier heraus:

MAKAREZOS: Herr Ministerpräsident, wir haben das Gutachten der Experten-Kommission über die Frage der Erstellung einer Staatsbürgschaft für Onassis vorliegen. Das Gutachten ist negativ ausgefallen.

PAPADOPOULOS: Das akzeptiere ich nicht.

MAKAREZOS: Ich finde Ihren Ton ungehörig. Es handelt sich um das wissenschaftliche Gutachten einer Kommission, deren Mitglieder Sie selbst gewählt haben.

PAPADOPOULOS: Die Revolution hat sich Ziele gesetzt. Zu den primären Zielen zählen produktive Investitionen durch Anwerbung von Auslandskapi-



Papadopoulos-Gegner Makarezos
„Wem erzählen Sie das“

tal. Das Gutachten der Kommission steht im Gegensatz zu diesem Ziel.

MAKAREZOS: Wem erzählen Sie das? Das sollten Sie lieber den Journalisten erzählen.

PAPADOPOULOS: Ich dulde keine Abweichungen von den Zielen der Revolution, denn dann würde sie verlieren.

MAKAREZOS: Welche Revolution meinen Sie? Sie haben ein persönliches

Regime errichtet. Sie regieren und nicht die Revolution. Wenn das nicht so sein sollte, rufen Sie den Revolutionsrat zusammen, und stellen Sie die Onassis-Frage zur Diskussion.

PATTAKOS (Innenminister): Das gehört nicht hierher. Das sind unsere Familienangelegenheiten.

MAKAREZOS: Ich wende mich an den Herrn Finanzminister: Können wir eine Garantie für 600 Millionen Dollar übernehmen?

ANDROUTSOPOULOS: Nein, denn wir haben nur 300 Millionen Dollar Devisen.

PAPADOPOULOS: Das Geld werden wir finden.

MAKAREZOS: Ich fordere die Annullierung des Vertrages und bitte, dies in die Sitzungsprotokolle aufzunehmen.

Abrupt verließ Makarezos den Sitzungssaal. Die Ministerrunde sah eine Krise kommen.

Doch der Premier wagte es nicht, seinen Streit mit seinem einstigen Putschkameraden sofort weiter zuzuspitzen. Der Minister demonstrierte auch in der Öffentlichkeit seinen Unmut über den Premier und Junta-Chef. Als Papadopoulos am 7. November das mit deutschen Bundes- und Bankkrediten finanzierte und vom AEG-Telefunken-Konsortium gebaute Lignit-Kraftwerk Megalopolis auf dem Peloponnes einweihte, blieb Makarezos, der zuständige Minister, demonstrativ fern. Dafür zeigte Papadopoulos seine Macht: Er nahm den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Angelis, mit.

Um den Widerstand seines Ministers zu brechen oder ihn zum Rücktritt zu zwingen, empfahl Papadopoulos seinem Freund Onassis, mit Nichterfüllung des Vertrages zu drohen.

Am 7. November beantragte Onassis durch seine Projektgesellschaft Omega AG beim Conseil d'Etat, dem Obersten Verwaltungsgericht, daß das königliche Dekret Nr. 562 vom 11. September 1970 über die Kapitaleinfuhr für seine Investitionen für nichtig erklärt werde. Der Reeder hat plötzlich entdeckt, daß in dieses Dekret angeblich Zusätze und Änderungen ohne seine Zustimmung aufgenommen worden seien, die einerseits seine Verhandlungsmöglichkeiten zur Anwerbung von Auslandskapital wesentlich erschwerten und andererseits den Grundsatz der Gleichbehandlung gegenüber den Konkurrenzgruppen Esso-Pappas und Niarchos zu seinen Ungunsten verletzten.

Am 11. Dezember mußte Onassis nach dem Vertrag die erste Bankgarantie über fünf Millionen Dollar hinterlegen. Um seinen Zahlungsverpflichtungen zu entgehen, reichte der Reeder eine zweite Klage beim Verwaltungsgericht ein. Er verlangte, daß die Durchführung des angefochtenen Dekrets Nr. 562 bis zur Erörterung seiner Nichtigkeitsklage am 12. Januar suspendiert werde.

Onassis-Feind Makarezos aber will, wie er dem SPIEGEL anvertraute, den Vertrag „als niemals ratifiziert“ betrachten, falls Onassis die fünf Millionen nicht hinterlegt.